

Am Beispiel lernen –
eine Studienreise

Ermahnungen von deutschen Freunden

Yang Peng

Von Deutschland zu lernen hat bei den Chinesen sehr vielschichtige Gefühle hinterlassen. In der späten Qing-Dynastie (im Jahr 1896) machte sich Li Hongzhang, – einer der mächtigsten Mandarine in der späten Qing-Zeit (Anmerkung des Übersetzers) –, persönlich auf den Weg nach Deutschland, um bei Otto von Bismarck Rat für den chinesischen Modernisierungsprozess einzuholen. So wurde letztlich die Verwestlichungsbewegung Chinas auch von Bismarck mitgeprägt. Nach dem Zusammenbruch der Qing-Dynastie haben verschiedene chinesische Persönlichkeiten den deutschen Marxismus und den deutschen Faschismus studiert. So sind auch in der blutdurchtränkten jüngeren Geschichte Chinas deutsche Spuren sichtbar. Von der Gründung der Volksrepublik Chinas 1949 bis zum Anfang der Reform- und Öffnungspolitik hat der deutsche Marxismus die Köpfe chinesischer Politiker und Denker beherrscht. In den vergangenen einhundert Jahren gab es also deutliche deutsche Einflüsse auf Chinas Entwicklungsprozess, die auch im historischen Leid Chinas festzustellen waren.

Seit Beginn der Reformpolitik sind die Erfahrungen aus Großbritannien und den USA jedoch allmählich zur wichtigsten Quelle für die chinesischen Modernisierungsüberlegungen geworden. Die Geschichte der Modernisierung der deutschen Gesellschaft wurde offensichtlich schnell von unseren akademischen Kreisen vergessen. Vom 26. Juni bis 8. Juli 2004 reisten sechs Gelehrte aus China, Zhu

Xueqin, Cao Jinqing, Fang Ning, Zhou Jianming, He Xuefeng und ich, auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Studienaufenthalt nach Deutschland. Das Thema der Reise lautete: „Aus der Geschichte lernen – Ein transkontinentaler Blick auf die Geschichte Deutschlands im 19./20. Jahrhundert und die Relevanz dieser Erfahrungen für das heutige China“. Was hat die Konrad-Adenauer-Stiftung dazu bewogen, solch ein Forschungsthema vorzugeben und die chinesischen Gelehrten, die sich ganz unterschiedlichen ideologischen Strömungen zuordnen, zu einer solchen Studie einzuladen?

Mit dem Prozess der schnellen Vermarktlichung, der Globalisierung und der Industrialisierung wird die chinesische Gesellschaft zunehmend gespalten und befindet sich in einem großen Umstrukturierungsprozess. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung nehmen auch die sozialen Konflikte zu. Die politische Zukunft Chinas ist höchst ungewiss. Mit welchen politischen Konflikten wird China in Zukunft konfrontiert sein? In welche Richtung werden die politischen Konflikte die chinesische Gesellschaft treiben? Kann China die soziale Umstrukturierung ohne Probleme verwirklichen? Die deutschen Freunde sind der Ansicht, dass diese Fragen nicht nur das Schicksal des chinesischen Volkes, sondern auch das Schicksal der Menschheit beeinflussen werden. Die soziale Umstrukturierung in Deutschland Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts war voller

Katastrophen. Die Lehren aus dieser Entwicklung könnten sehr hilfreich bei der Analyse der gegenwärtigen Konflikte und der möglicherweise noch kommenden Konflikte in China sein. Oder anders gesagt, die deutschen Freunde hoffen, dass die in Deutschland durchlebte Tragödie im Zuge der sozialen Umstrukturierung sich in China nicht wiederholt und dass China die riesigen sozialen Umwälzungen beherrschen kann.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat den Ablauf des Studienaufenthaltes mit großer Sorgfalt geplant. Unter anderem wurde der Wohnort von Martin Luther, dem Gründer des Protestantismus, besucht, der einen geistigen Anfang der deutschen Geschichte in der Neuzeit und auch eine wichtige geistige Revolution am Beginn der westlichen Modernisierung repräsentiert. Aufgrund dieser Erfahrung haben sich die religiöse Freiheit und die religiöse Gleichberechtigung tief in das westliche Bewusstsein eingepägt. Ebenfalls stand die Besichtigung des Wohnhauses von Bismarck auf dem Programm. Der berühmte deutsche Reichskanzler hat mit dem Neoautoritarismus von „Eisen und Blut“ Deutschland vereinigt und von der Spitze bis in die kleinste Gliederung den Modernisierungsprozess in Deutschland vorangetrieben. Gleichzeitig hat er eine aktive staatliche Sozialpolitik durchgeführt, um dem Druck der sozialistischen Arbeiterbewegung die Kraft zu nehmen. Darüber hinaus haben wir den Gründungssitz der Weimarer Republik besucht. Die Weimarer Republik war bedeutsam als erste demokratische Republik nach der Abdankung des deutschen Kaisers im Zuge der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Diese Republik gilt als eine „Demokratie ohne Demokraten“, sie brach unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise und der innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten zusammen. Später haben wir das Wohn-

haus von Karl Marx und Orte der faschistischen Geschichte Deutschlands besichtigt und vieles über den Prozess der Erstarkung der Radikalen von links und rechts sowie deren Auseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik erfahren. Schließlich konnten wir auch das Wohnhaus Konrad Adenauers sehen. Er war einer der wichtigsten Gründerväter der Demokratie und des Rechtssystems in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Jeder Termin wurde von intensiven Diskussionen begleitet. Insgesamt haben wir mit über zwanzig deutschen Politikern, Beamten und Wissenschaftlern Gespräche geführt.

Zentrale Botschaft

Das Programm der Konrad-Adenauer-Stiftung scheint uns eine zentrale Botschaft zu vermitteln: Der Neoautoritarismus der aufgeklärten kaiserlichen Macht und der Bürokraten hat die Modernisierung in Gang gesetzt, aber er konnte die freigesetzten sozialen Kräfte nicht auf Dauer beherrschen. Die von der Industrialisierung und der Vermarktlichung verursachten nationalen Klassenkonflikte und die internationalen Konflikte zwischen den Nationen konnten unter der alten kaiserlichen Macht und der Bürokratie nicht harmonisiert werden; sie konnten erst im Rahmen der neuen Demokratie und des neuen Rechtssystems beseitigt werden. Als die Industrialisierung und die Vermarktlichung einen gewissen Grad erreicht hatten, war jeglicher Versuch vergeblich, die kaiserliche Macht und die Autorität der Bürokratie aufrechterhalten zu wollen. Demokratie und Aufbau eines Rechtssystems lauteten die neuen Wünsche, die sicherlich aus der Industrialisierung und der Vermarktlichung hervorgegangen waren. Aber diese Wünsche mussten erst von der Gemeinschaft akzeptiert und die Grundlagen der Demokratie und des Rechtssystems von

der ganzen Nation erarbeitet werden. Eine Demokratie ohne Demokraten ist gefährlich, denn sie setzt verschiedene politische Kräfte frei; sie wird aber nicht dafür sorgen, dass diese verschiedenen politischen Kräfte sich im Rahmen einer Rechtsordnung bewegen werden. Die politische Öffnung während einer Wirtschaftskrise und großer innenpolitischer Konflikte ist ohne demokratisches und rechtsstaatliches Training sicher gefährlich und nicht verantwortbar. Das politische System eines demokratischen Rechtssystems muss klassenübergreifend und neutral sein. Die politische Bühne sollte nur als Plattform für das Ausbalancieren von Klasseninteressen dienen. Das politische System eines Staates sollte nicht Werkzeug der Unterdrückung einer Klasse durch eine andere Klasse sein, sondern lediglich ein Raum für die friedliche Diskussion und Abstimmung der politischen Kräfte, die die Interessen verschiedener Klassen vertreten. Die Gesellschaft in der Marktwirtschaft zeigt sicherlich eine pluralistische Interessenstruktur. Es ist sehr gefährlich, wenn extreme politische Abweichler den Staat kontrollieren, eine Klassendiktatur und zentralisierte Autokratie etablieren wollen. Gleichzeitig würde jeder Versuch, nationale Konflikte nach außen zu tragen, um so von den inneren wirtschaftlichen und politischen Problemen abzulenken, unvermeidlich in die Katastrophe führen.

Deutschland und China sind sehr unterschiedlich, und die nationale und internationale Situation, in der sie den jeweiligen Prozess der Modernisierung begonnen haben, ist sehr verschieden. Wir wissen selbst sehr genau, dass man keine einfachen Vergleiche machen und keine simplen Schlussfolgerungen ziehen sollte. Aber der historische Prozess verschiedener Länder ist nicht nur voller Unterschiede, sondern auch voller Gemeinsamkeiten. Die Erforschung der Gemeinsamkeiten könnte für uns von größ-

ter Bedeutung sein. Im Prozess der Modernisierung und der politischen Umstrukturierung Deutschlands gab es zu viele Erschütterungen, zu viel Not und zu viele blutige Lehren, als dass wir Chinesen diese bei unserem eigenen Modernisierungsprozess und bei der uns bevorstehenden sozialen Umstrukturierung vernachlässigen können.

Lehren aus der deutschen Erfahrung

Erstens: Die gesellschaftliche Transformation vom Neoautoritarismus zum demokratischen Rechtssystem muss vollendet werden.

Es ist ein Segen für eine Nation, wenn sie in der ersten Phase auf dem Weg von einer landwirtschaftlichen Gesellschaft zur Industrialisierung ein neoautoritäres Regime besitzt. Denn dann kann sie bei Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Stabilität alle Kräfte auf die Entwicklung von Industrie und Marktwirtschaft konzentrieren. Aber der kaiserlich-bürokratische Neoautoritarismus konnte nur schwer die von ihm selbst freigesetzten Marktkräfte und gesellschaftlichen Widersprüche kontrollieren. Eine Nation, die teils landwirtschaftlich geprägt, teils industrialisiert ist und am Neoautoritarismus festhält, ist jedoch gefährlich. Der kaiserlich-bürokratische Neoautoritarismus konnte auf die Weiterentwicklung der Marktwirtschaft und die Entstehung einer pluralistischen Gesellschaft keine geeigneten Antworten finden. Eine Nation ist dann am glücklichsten, wenn sie den Übergang vom Neoautoritarismus zum demokratischen Rechtsstaat bereits erfolgreich vollendet hat.

Die Entwicklung von Marktwirtschaft und Industrie führt unweigerlich zur Pluralisierung der Gesellschaft, nur das demokratische System kann die Anforderungen einer pluralistischen Politik erfüllen, und nur das Rechtssystem kann die Konflikte in einem solchen System in ordnungsgemäße Bahnen lenken. Die Plura-

lisierung der Gesellschaft brachte die Zersetzung der Macht von Kaiser, Bürokratie und Militär mit sich, so dass es kein Zurück zur früheren Tradition der Bündelung gesellschaftlicher Kräfte sowie der Harmonisierung von politischen Konflikten geben konnte. Diejenigen, die sich große Verdienste bei der Reform und Öffnung von traditionellen politischen Systemen erworben haben, müssen auch diesen historischen Rückzug aus dem Bereich der politischen Kontrolle akzeptieren. Weder die kaiserliche Macht noch die Bürokratie, noch das Militär dürfen sich der Illusion hingeben, durch Krieg oder Gewalt die eigene Autorität und Stärke wiederherstellen zu können; und noch weniger dürfen sie sich der Illusion hingeben, dass der Militarismus eine neue Basis für das wirtschaftliche Gedeihen sein könnte.

Die Studienreise nach Deutschland hat uns aufgezeigt, dass China sich möglicherweise in einer „Nach-Bismarck-Zeit“ befindet. Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich Tag für Tag, die Konflikte spitzen sich zu, die Autorität von Partei (man könnte sie als kaiserliche Macht bezeichnen) und Regierung nimmt ab, und das traditionelle politische System kann die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen nicht mehr auflösen. Die traditionelle Autorität steht vor einem schmerzhaften Scheideweg, aber auf keinen Fall darf man den alten Pfad von Totalitarismus im inneren und Militarismus nach außen beschreiten. Man muss das demokratische Rechtssystem im Inland weiterhin stärken und eine friedliche Außenpolitik verfolgen. Nur so kann man einen Ausweg finden und eine Katastrophe für die chinesische Nation abwenden.

Zweitens: Das demokratische Rechtssystem muss gestärkt werden.

Schon im Jahr 1850 hat Preußen ein Parlament mit zwei Kammern eingerichtet. Die Kammer der Adligen bestand aus Ab-

geordneten mit vererbaren Titeln, die Wahl zum Unterhaus erfolgte über ein Dreiklassenwahlrecht, welches das Vermögen des Einzelnen zugrunde legte. Das Parlament hatte das Recht, den Haushalt und die Steuern der Regierung zu bestimmen. Die Spitzen von Militär und Regierung wurden vom Kaiser ernannt. Als im Jahr 1871 die deutsche Reichsverfassung verabschiedet wurde, wurden darin die Grundprinzipien des Föderalismus festgelegt. Jeder Bundesstaat entsandte seine Vertreter in das Bundesparlament, welches das höchste Machtorgan des Reiches bildete. Das Parlament besaß das Legislativrecht und konnte vom Reichstag beschlossene Gesetzesvorlagen ablehnen. Das Bundesparlament als Oberhaus vertrat die Bundesstaaten, und der Reichstag als Unterhaus vertrat das ganze Volk. Vor 1913 hatte Deutschland bereits über ein halbes Jahrhundert Erfahrung mit der Organisation von politischen Parteien, Parlamentswahlen und Parlamentsangelegenheiten sowie der Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Zwei kurze Beispiele: Im Jahr 1906 hatte die Regierung ein neues Steuergesetz eingebracht, um ein Finanzdefizit zu decken. Weil eine Mehrzahl der Abgeordneten dagegen stimmte, sah sich der Reichskanzler gezwungen, seinen Rücktritt zu erklären. Als der deutsche Kaiser Wilhelm II. im Mai 1912 ankündigte, das reichsunmittelbare Gebiet Elsass-Lothringen zu einer Provinz zu machen und in das Kaiserreich einzugliedern, brach ein landesweiter Protest „gegen das persönliche Regiment“ aus, und die Parteien im Parlament (SPD, die Liberale Partei, die Zentrumsparterie und die Konservativen und andere) warnten den Kaiser davor, „die verfassungsmäßigen Schranken zu überschreiten“. Seitdem hatte die Verfassung immer weiter an Autorität gewonnen, und die Rolle des Parlamentes wurde von Tag zu Tag größer.

Wenn der deutsche Kaiser nicht so leichtsinnig den Ersten Weltkrieg entfes-

selt hätte, hätte sich Deutschland womöglich zu einer reifen konstitutionellen Monarchie entwickelt. Trotz der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Abdankung des deutschen Kaisers hat es sich jedoch gezeigt, dass unter den Bedingungen eines Machtvakuumms die Erfahrungen der deutschen Gesellschaft mit dem demokratischen Rechtssystem nicht ausreichend waren. Die praktischen Grundlagen für das demokratische Rechtssystem waren immer noch so schwach, dass es nicht einmal zu einer gemeinsamen Vereinbarung über die Verteilung der Redezeit der verschiedenen Parteien im Parlament kam. Sowohl die Linksradi-kalen als auch die Rechtsradikalen hofften auf die Etablierung einer Diktatur. Das neue demokratische System hat die schwere Prüfung durch die Weltwirtschaftskrise nicht überstanden und wurde durch die Rechtsradikalen von unten nach oben vernichtet. Die Nationalsozialisten versetzten einerseits der SPD und der KPD, andererseits der Zentrumspartei (nachkommende Kräfte der kaiserlichen Macht und des Bismarck'schen Neoautoritarismus) Schläge, etablierten eine totalitäre Herrschaft und versuchten, durch den Krieg nach außen die eigene historische Legitimität zu schaffen. All das brachte Katastrophen über die Menschheit.

Drittens: Die politischen Kinderkrankheiten des Bürgertums sind gefährlich.

Man bezeichnet die Mittelklasse oft als die elitebildende Kraft des demokratischen Rechtssystems. Aber die Erfahrungen in Deutschland sprechen nicht unbedingt dafür. Deutschland ist knapp an Ressourcen. Die Entwicklung der Mittelklasse basiert auf dem internationalen Handel. Da Veränderungen der internationalen Lage unmittelbaren Einfluss auf die Mittelklasse haben, besitzt diese Gruppe ein sehr feines Gespür für entsprechende Veränderungen. Wenn das demokratische Rechtssystem schwach ausgebildet ist und es an der Praxis fehlt,

internationalen Frieden durch Verhandlungen zu erreichen, kann die Mittelklasse sehr leicht gefährliche politische Kinderkrankheiten entwickeln. Das deutsche Bürgertum ist unter dem Neoautoritarismus einer aufgeklärten Autokratie groß geworden. Bismarck versuchte, mit der Autorität von kaiserlicher Macht und Regierung die Überreste des Feudalismus zu beseitigen und die Hindernisse für die Entwicklung des Bürgertums aus dem Weg zu räumen. Damit hat er dem Bürgertum ein sehr gutes politisches Umfeld für den Beginn der Industrialisierung geschaffen. Dieter Ralf hat in der *Deutschen Geschichte* geschrieben: „Bismarck wusste genau, dass die Bourgeoisie nur zu gerne auf ihre Forderung nach politischer Macht verzichten würde, wenn ihre Profite ständig steigen. Wenn die Aussicht auf Profit existiert, würde die Bourgeoisie ihre ganzen Kräfte auf das sich schnell entwickelnde Wirtschaftsleben konzentrieren.“ Unter dem neoautoritären Regime übertrug das deutsche Bürgertum die politische Verantwortlichkeit fast vollständig auf Kaiser und Bürokratie; es demonstrierte damit seinen Doppelcharakter von Aktivität im wirtschaftlichen und Leidenschaftslosigkeit im politischen Bereich. Gegen 1860 war das Bürgertum wirtschaftlich viel stärker als die traditionellen Grundherren, aber politisch unterstand es vollständig dem Adel und der Bürokratie. Obwohl es gesetzlich erlaubt war, wollte es sich nicht an der Politik beteiligen. Es fehlte ihm an der notwendigen politischen Sensibilität und den notwendigen politischen Fähigkeiten. Es verstand nicht, dass eine Demokratie, die begrenzt und vernünftig ist sowie ein strenges Rechtssystem besitzt, in ihrem eigenen langfristigen Interesse lag. Es fehlte dem Bürgertum grundsätzlich an politischem Bewusstsein für das demokratische Rechtssystem.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die CDU unter Führung von Konrad Ade-

nauer zur politischen Vertreterin der neuen Generation der deutschen Mittelklasse entwickelt; sie hat das System der „sozialen Marktwirtschaft“ eingeführt und unter den Voraussetzungen des Schutzes der Marktwirtschaft, der persönlichen Freiheit und der Vermögenssicherheit auch ein soziales Sicherungssystem aufgebaut, um die Grundlagen für das Zusammenwirken von Markt, Demokratie und Rechtssystem für die deutsche Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg zu schaffen. Die vernünftigen Kräfte der rechten Mitte sowie der linken Mitte haben ein gemeinsames Bewusstsein mit gleichberechtigter Beteiligung, Wahlen und Abstimmungen als Geschäftsgrundlage für das demokratische Rechtssystem entwickelt. Beide Kräfte bilden die Grundpfeiler der deutschen Politik. Die Kräfte der radikalen Linken (Planwirtschaft) und der radikalen Rechten (Fremdenfeindlichkeit) wurden ausgegrenzt. Die blutigen Lehren aus den sich zuspitzenden Kämpfen zwischen Klassen und Nationen haben tiefe Spuren im Herzen der Deutschen hinterlassen. Die Deutschen wollten nicht mehr den alten Weg von Krieg und Blutvergießen gehen, um ihre Konflikte zu lösen. Die Gründung der Europäischen Union ist ein Beispiel für dieses neue „konsultative Prinzip“. Eine Gemeinschaft von 25 Mitgliedstaaten ist auf der Basis der gleichberechtigten Konsultation und geduldigen Überzeugung entstanden; sie legt das Fundament für die Gründung eines neuen großen Nationalstaates Europa.

Beispiel für China

Seit Beginn der Reformpolitik hat China schrittweise den wirtschaftlichen Wettbewerb ermöglicht und damit dem Einzelnen Entfaltungsspielraum gegeben. Dies hat zu dem enormen Wirtschaftswachstum in China beigetragen. Aber wie kann man neue Regeln und Systeme

zur Vermittlung zwischen persönlichen Interessen und Gruppeninteressen etablieren? Die Lehren aus Deutschland machen uns klar, dass dies letztendlich nur mit einem demokratischen Rechtssystem und friedlicher Außenpolitik möglich ist. Aber derzeit hat China weder im Bereich der politischen Kultur noch in seinem politischen System den Aufbau eines demokratischen Rechtssystems vollendet, und auch die ultranationalistische Stimmung im Lande wurde nicht beseitigt. Das ist der Grund, warum China in Zukunft krisenhafte Entwicklungen bevorstehen.

Die Lehren aus Deutschland machen uns darüber hinaus klar, dass die nachhaltige Entwicklung Chinas auf drei zentralen Punkten basieren sollte: auf einem demokratischen Rechtssystem, dem System der sozialen Marktwirtschaft sowie auf einer friedlichen Außenpolitik. Wir müssen uns für eine Demokratie unter der Kontrolle eines Verfassungsgerichtes entscheiden und das autokratische System beenden; wir müssen uns für die Einführung eines Rechtssystems entscheiden und der Herausforderung durch die Ultralinken und Ultrarechten trotzen. Wir müssen uns für die Erweiterung und Sicherung der persönlichen Freiheiten sowie die Bewahrung einer freien Wettbewerbsordnung des Marktes entscheiden und gleichzeitig ein System der sozialen Sicherung aufbauen, um Klassenkonflikte zu entschärfen. Darüber hinaus müssen wir systematisch eine friedliche Außenpolitik verfolgen. Nur so kann China blühen und gedeihen, nur so kann China zu einem verantwortungsvollen Mitglied der Staatengemeinschaft heranwachsen.

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um den gekürzten Erfahrungsbericht von Yang Peng zur Deutschlandreise im Sommer 2004, übersetzt aus dem Chinesischen von Zhou Weidong und Stefan Friedrich.